

## Friedhofsordnung

<b>Gemeinderatsbeschluss vom</b>	<b>Bekanntmachung im Korber Mitteilungsblatt Nr. / Jahr</b>
14.10.2003	43 / 23.10.2003 (Neufassung)
27.07.2004	32 / 05.08.2004
01.12.2009	50 / 10.12.2009
23.07.2019	31 / 01.08.2019 (wirksam 24.07.2019)

**Gültigkeitsdauer: unbegrenzt**

**bearbeitende Stelle: Haupt- und Ordnungsamt**

**Stand: 24.07.2019**

## Inhaltsübersicht

### Abschnitt I: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Widmung

### Abschnitt II: Ordnungsvorschriften

§ 2 Öffnungszeiten  
 § 3 Verhalten auf dem Friedhof  
 § 4 Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

### Abschnitt III: Bestattungsvorschriften

§ 5 Allgemeines  
 § 6 Säрге  
 § 7 Ausheben der Gräber  
 § 8 Ruhezeit  
 § 9 Umbettungen

### Abschnitt IV: Grabstätten

§ 10 Allgemeines  
 § 11 Reihengräber  
 § 12 Wahlgräber  
 § 13 Urnenreihen- und Urnenwahlgräber  
 § 14 Sonderregelung für den Alten Friedhof  
 § 14a Anonymes Grabfeld (Alter Friedhof)  
 § 14b Urnengemeinschaftsgräber  
 § 15 Pflegezeitverlängerung für Wahl- und Reihengräber

### Abschnitt V: Grabmale und sonstige Grabausstattung

§ 16 Auswahlmöglichkeiten  
 § 17 Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz  
 § 18 Grabfelder mit Gestaltungsvorschriften  
 § 19 Genehmigungserfordernis  
 § 20 Standsicherheit  
 § 21 Unterhaltung  
 § 22 Entfernung

### Abschnitt VI: Herrichten und Pflege der Grabstätten

§ 23 Allgemeines  
 § 24 Vernachlässigung der Grabpflege

### Abschnitt VII: Benutzung der Leichenhalle

§ 25 Leichenhalle

### Abschnitt VIII: Haftung, Ordnungswidrigkeiten

§ 26 Obhuts- und Überwachungspflicht, Haftung  
 § 27 Ordnungswidrigkeiten

### Abschnitt IX: Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 28 Alte Rechte  
 § 29 Mehrstellige Gräber  
 § 30 Inkrafttreten

Aufgrund der § 12 Abs.2, 13 Abs.1, 39 Abs.2 und 49 Abs.3 Nr.2 des Gesetzes über das Friedhofs- und Leichenwesen (Bestattungsgesetz) in Verbindung mit den §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sowie den §§ 2, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 14.10.2003 nachstehende Friedhofssatzung beschlossen:

## **I. Allgemeine Vorschriften**

### **§ 1 Widmung**

(1) Der Friedhof ist eine öffentliche Einrichtung der Gemeinde. Er dient der Bestattung verstorbener Gemeindeglieder und der in der Gemeinde verstorbenen oder tot aufgefundenen Personen ohne Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz, sowie für Verstorbene, für die ein Wahlgrab nach § 12 zur Verfügung steht. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Totgeburten, Fehlgeburten und Ungeborenen, falls ein Elternteil Einwohner der Gemeinde ist. In besonderen Fällen kann die Gemeinde eine Bestattung anderer Verstorbener zulassen.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften über die Bestattung auch für die Beisetzung von Aschen.

## **II. Ordnungsvorschriften**

### **§ 2 Öffnungszeiten**

(1) Der Friedhof darf nur während der bekannt gegebenen Öffnungszeiten betreten werden.

(2) Die Gemeinde kann das Betreten des Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

### **§ 3 Verhalten auf dem Friedhof**

(1) Jeder hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofpersonals sind zu befolgen.

(2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet,

1. die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, ausgenommen mit Kinderwagen und Rollstühlen sowie Fahrzeugen der Gemeinde und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden.
  2. während einer Bestattung oder einer Gedenkfeier in der Nähe Arbeiten auszuführen,
  3. den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigt zu betreten,
  4. Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde,
  5. Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
  6. Waren und gewerbliche Dienste anzubieten,
  7. Druckschriften oder sonstige Werbung zu verteilen oder auszulegen.
  8. Ohne schriftlichen Auftrag der Angehörigen gewerbsmäßig zu fotografieren.
  9. zu lärmern und zu spielen, zu essen und zu trinken sowie zu lagern.
- Ausnahmen können zugelassen werden, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs, und der Ordnung auf ihm, zu vereinbaren sind.

(3) Totengedenkfeiern auf dem Friedhof bedürfen der Zustimmung der Gemeinde. Sie sind spätestens vier Tage vorher anzumelden.

#### **§ 4**

##### **Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof**

(1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für die Tätigkeit auf dem Friedhof der vorherigen Zulassung durch die Gemeinde. Sie kann den Umfang der Tätigkeiten festlegen.

(2) Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind. Die Gemeinde kann für die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit geeignete Nachweise verlangen, insbesondere dass die Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit nach dem Handwerksrecht erfüllt werden.

(3) Die Gewerbetreibenden und ihre Beauftragten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten und haften für die Schäden, die sie auf den gemeindlichen Friedhöfen schuldhaft verursachen. Die Gewerbetreibenden haben eine für die Ausführung ihrer Tätigkeiten ausreichende Haftpflichtversicherung nachzuweisen.

(4) Die Gewerbetreibenden dürfen die Friedhofswege nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit und nur mit geeigneten Fahrzeugen befahren. Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend oder nur an den dafür bestimmten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeit sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen.

(5) Gewerbetreibende, die gegen die Vorschriften der Absätze 3 und 4 verstoßen, oder bei denen die Voraussetzungen des Abs.2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Gemeinde die Zulassung auf Zeit oder auf Dauer zurücknehmen oder widerrufen.

(6) Das Verfahren nach Abs.1 und 2 kann über einen Einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg abgewickelt werden; §42a und §§ 71a bis 71e des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes in der jeweils geltenden Fassung finden Anwendung.

### **III. Bestattungsvorschriften**

#### **§ 5**

##### **Allgemeines**

(1) Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Gemeinde anzumelden. Wird eine Bestattung in einer früher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, so ist auf Verlangen der Gemeinde das Nutzungsrecht nachzuweisen.

(2) Ort und Zeit der Bestattung werden von der Gemeinde festgesetzt. Wünsche der Hinterbliebenen und der Geistlichen werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

#### **§ 6**

##### **Särge**

Die Särge für Kindergräber (§ 10 Abs. 2 Buchstaben c und f) dürfen höchstens 1,10 m lang, 0,50 m hoch und im Mittelmaß 0,50 m breit sein. Die übrigen Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein.

In besonderen Fällen kann die Gemeinde Korb Ausnahmen zulassen.

Särge und Sargausstattungen für Erdbestattungen müssen aus Materialien bestehen, die während der Ruhezeit im Erdboden verrotten.

## **§ 7 Ausheben der Gräber**

- (1) Die Gemeinde lässt die Gräber ausheben und zufüllen
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.

Doppeltiefe Gräber sind mindestens 2,40 m auszuheben.  
Einfachtiefe Gräber sind mindestens 1,80 m auszuheben.  
Kindergräber sind mindestens 1,40 m auszuheben.  
Urnengräber sind mindestens 0,80 m auszuheben.

## **§ 8 Ruhezeit**

Die Ruhezeit der Leichen und Aschen beträgt 20 Jahre, bei Kindern, die vor Vollendung des 10. Lebensjahres verstorben sind, 15 Jahre.

## **§ 9 Umbettungen**

(1) Umbettung von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Gemeinde. Bei Umbettungen von Leichen wird die Zustimmung nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, in den ersten 10 Jahren der Ruhezeit nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses oder eines besonderen Härtefalls erteilt. Umbettungen aus einem Reihengrab in ein anderes Reihengrab oder aus einem Urnenreihengrab in ein anderes Urnenreihengrab sind innerhalb der Gemeinde nicht zulässig. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.

(2) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschenreste dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeinde in belegte Grabstätten umgebettet werden.

(3) Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus einem Reihengrab oder einem Urnenreihengrab der Verfügungsberechtigte, bei Umbettungen aus einem Wahlgrab oder einem Urnenwahlgrab der Nutzungsberechtigte.

(4) In den Fällen des § 22 Abs.1 Satz 3 und bei Entziehung von Nutzungsrechten nach § 22 Abs.1 Satz 4 können Leichen oder Aschen, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amts wegen in ein Reihengrab oder ein Urnenreihengrab umgebettet werden. Im übrigen ist die Gemeinde bei Vorliegen eines zwingenden öffentlichen Interesses berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.

(5) Die Umbettungen lässt die Gemeinde durchführen. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.

(6) Die Kosten der Umbettung haben die Antragsteller zu tragen. Dies gilt auch für den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und an Anlagen durch eine Umbettung entstehen, es sei denn, es liegt ein Verschulden der Gemeinde vor.

(7) Der Ablauf der Ruhezeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

## IV. Grabstätten

### § 10 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten sind im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Auf dem Friedhof werden folgende Arten von Grabstätten zur Verfügung gestellt:
- a) Reihengräber
  - b) Urnenreihengräber
  - c) Kinderreihengräber
  - d) Wahlgräber
  - e) Urnenwahlgräber
  - f) Kinderwahlgräber
  - g) anonyme Urnengräber (nur Alter Friedhof)
  - h) Urnen-Gemeinschaftsfeld „Zentrale Stele“
  - i) Urnen-Gemeinschaftsfeld „Doppelstele“
  - j) Urnen-Gemeinschaftsfeld „Drei Stelen“
  - k) Urnen-Gemeinschaftsfeld „Rosenhain“ (Reihengräber und Wahlgräber)
  - l) Urnen-Gemeinschaftsfeld „Kissenstein“ (Wahlgräber)
- (3) Ein Anspruch auf Überlassung einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf die Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.
- (4) Grüfte und Grabgebäude sind nicht zugelassen

### § 11 Reihengräber

- (1) Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, für die Bestattung von Fehlgeburten und Ungeborenen und für die Beisetzung von Aschen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zugeteilt werden. Eine Verlängerung der Ruhezeit ist nicht möglich. Verfügungsberechtigter ist – sofern keine andere ausdrückliche Festlegung erfolgt – in nachstehender Reihenfolge
1. wer für die Bestattung sorgen muss (§ 31 Abs.1 Bestattungsgesetz),
  2. wer sich dazu verpflichtet hat,
  3. der Inhaber der tatsächlichen Gewalt.
- (2) Auf dem Friedhof werden ausgewiesen
- a) Reihengrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 10. Lebensjahr,
  - b) Reihengrabfelder für Verstorbene vom vollendeten 10. Lebensjahr ab.
- (3) In jedem Reihengrab wird nur eine Leiche beigesetzt. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.
- (4) Ein Reihengrab kann auch nach Ablauf der Ruhezeit nicht in ein Wahlgrab umgewandelt werden. Dies gilt auch für Urnenreihengräber.
- (5) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeit wird mindestens drei Monate vorher durch schriftliche Benachrichtigung der Angehörigen, durch ortsübliche Bekanntgabe oder durch Hinweise auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gegeben.

### § 12 Wahlgräber

- (1) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, für die Bestattung von Fehlgeburten und Ungeborenen und die Beisetzung von Aschen, an denen ein öffentlich-rechtliches Nutzungsrecht verliehen wird. Das Nutzungsrecht wird durch Verleihung begründet. Nutzungsberechtigter ist die durch die Verleihung bestimmte Person.
- (2) Nutzungsrechte an Wahlgräbern werden auf Antrag bei Erstbelegung auf die Dauer von 30 oder 20 Jahren eingeräumt.

Sie können nur anlässlich eines Todesfalles erworben werden. Nach Ablauf der Nutzungszeit kann das Friedhofsamt das Nutzungsrecht auf Antrag auf 30, 20 oder 10 Jahre erneut verleihen. Der Antrag ist vom Nutzungsberechtigten bei Ablauf der Nutzungszeit zu stellen.

(3) Das Nutzungsrecht entsteht mit Zahlung der Grabnutzungsgebühr. Auf Wahlgräber, bei denen die Grabnutzungsgebühr für das Nutzungsrecht nicht bezahlt ist, sind die Vorschriften über die Reihengräber entsprechend anzuwenden.

(4) Ein Anspruch auf Verleihung oder erneute Verleihung von Nutzungsrechten besteht nicht.

(5) Wahlgräber können ein- und mehrstellige Einfach- oder Tiefgräber sein. In einem Tiefgrab sind bei gleichzeitig laufenden Ruhezeiten nur zwei Bestattungen übereinander zulässig.

(6) Soll in einem Wahlgrab ein Toter bestattet werden, dessen Ruhezeit über die Nutzungszeit hinausgeht, so ist zuvor das Nutzungsrecht über seinen Endzeitpunkt hinaus mindestens bis zur Ruhezeit zu verlängern.

(7) Der Nutzungsberechtigte soll für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Dieser ist aus dem nachstehend genannten Personenkreis zu benennen. Wird keine Regelung getroffen, so geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über

1. auf die Ehegattin oder den Ehegatten, die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner,
2. auf die Kinder
3. auf die Stiefkinder
4. auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter und Mütter
5. auf die Eltern
6. auf die Geschwister
7. auf die Stiefgeschwister
8. auf die nicht unter 1. bis 7. fallenden Erben

Innerhalb der einzelnen Gruppen Nr. 2 bis 4 und 6 bis 8 wird jeweils der Älteste nutzungsberechtigt.

(8) Der Nutzungsberechtigte kann mit Zustimmung der Gemeinde das Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 7 Satz 3 genannten Personen übertragen

(9) Der Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte bestattet zu werden und über die Bestattung sowie über die Art der Gestaltung und Pflege der Grabstätte zu entscheiden. Verstorbene, die nicht zu dem Personenkreis des Abs. 7 Satz 3 gehören, dürfen in der Grabstätte nicht bestattet werden. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.

(10) Das Nutzungsrecht kann jederzeit nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Auf die Beendigung des Nutzungsrechts wird der jeweilige Nutzungsberechtigte mindestens 3 Monate vorher schriftlich hingewiesen, falls er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln ist, erfolgt dieser Hinweis durch ortsübliche öffentliche Bekanntmachung.

(11) In Wahlgräbern sind maximal vier Urnenbeisetzungen zulässig. Ausgenommen hiervon sind Kinderwahlgräber.

### **§ 13**

#### **Urnenreihen- und Urnenwahlgräber**

(1) Urnenreihen- und Urnenwahlgräber sind Aschengrabstätten als Urnenstätten in Grabfeldern oder Nischen unterschiedlicher Größe in Mauern, Terrassen und Hallen, die ausschließlich der Beisetzung von Aschen Verstorbener dienen.

(2) In einem Urnenreihengrab können mehrere Urnen beigesetzt werden, sofern die Ruhezeit der vorher beigesetzten Urne nicht überschritten wird.

(3) In einem Urnenwahlgrab sind maximal 4 Urnenbeisetzungen zulässig. Ausgenommen hiervon sind Kinder-Wahlgräber und Urnen-Wahlgräber in den gärtnergepflegten Gemeinschaftsgräbern „Rosenhain“ und „Kissensteine“ (hier sind nur 2 Urnenbeisetzungen zulässig).

(4) Soweit sich aus der Friedhofssatzung nichts anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihen- und Wahlgräber entsprechend für Urnenstätten.

#### **§ 14**

##### **Sonderregelung für den Alten Friedhof in Korb**

(1) Im Alten Friedhof werden Urnen-Reihengräber, Urnen-Wahlgräber und anonyme Urnenbestattungen zugelassen.

(2) Die Voraussetzungen für die Belegungen gelten entsprechend.

(3) Nach Ablauf der Nutzungszeit können die Gräber auf Antrag zur weiteren Pflege übernommen werden. Die Pflegezeit kann immer um 5 Jahre verlängert werden. Die Gemeinde kann bei anstehenden Räumung eines ganzen Grabfeldes die Einräumung der Pflegezeit verweigern.

#### **§ 14 a**

##### **Anonymes Grabfeld (Alter Friedhof)**

- (1) Anonyme Gräber sind Grabstätten für die anonyme Beisetzung von Aschen. Die Beisetzung erfolgt im dafür vorgesehenen Grabfeld auf dem Alten Friedhof.
- (2) Die Beisetzung in anonymen Gräbern wird von der Gemeinde oder einem von der Gemeinde beauftragten Unternehmen durchgeführt.
- (3) Es besteht insbesondere für Angehörige kein Anspruch aus Auskunft, an welcher Stelle im Grabfeld die betreffende Urne beigesetzt wurde.
- (4) Die Pflege der anonymen Gräber obliegt ausschließlich der Gemeinde.
- (5) Beisetzungen mit Überurnen sind nicht zulässig.

#### **§ 14 b Urnengemeinschaftsgräber**

##### **„Zentrale Stele“, „Doppelstelen“, „Drei Stelen“, „Rosanhain“ und „Kissensteine“**

Im Neuen Friedhof stehen Urnengemeinschaftsgräber zur Verfügung. Diese Grabanlagen werden von einem von der Gemeinde beauftragten Steinmetz und Gärtner angelegt, gepflegt und unterhalten. In den Urnengemeinschaftsgräbern dürfen nur Urnenkapseln oder Überurnen aus verrottbarem Material beigesetzt werden.

Bei den Rosengrabstellen und den Stelen mit Staudenbepflanzung sind weder Grabbeigaben noch zusätzliche Pflanzungen zulässig. Die Entsorgung derartiger Bepflanzungen und Grabbeigaben erfolgt regelmäßig ersatzlos durch die beauftragte Gärtnerei.

Bei den Wahlgräbern „Kissenstein“ können die Hinterbliebenen die zur Bepflanzung mit Wechselflor vorbereitete Stelle, innerhalb der Wahlgrabstelle, selbst bepflanzen und auch Grabbeigaben aufstellen. Zulässig sind maximal zwei Teile pro Grabstelle. Wird durch die Hinterbliebenen eine gärtnerische Betreuung gewünscht, so ist die in der Vereinbarung genannte Gärtnerei zu beauftragen und abzurechnen.

Grabbeigaben, Topfpflanzen und Sträuße werden nach dem Verblühen regelmäßig durch die Gärtnerei ersatzlos entsorgt.



**§ 15**  
**Pflegezeitverlängerung für**  
**Wahl- und Reihengräber**

- (1) Auf dem Friedhof Kleinheppach und dem Neuen Friedhof in Korb kann nach Ablauf der Nutzungszeit bzw. Ruhezeit auf Antrag eine einmalige Pflegezeit für fünf Jahre eingeräumt werden.
- (2) Die Gemeinde kann eine bereits eingeräumte Pflegezeit jederzeit widerrufen.
- (3) Ein Rechtsanspruch auf Einräumung einer Pflegezeitverlängerung besteht nicht.

**V. Grabmale und sonstige Grabausstattungen**

**§ 16**  
**Auswahlmöglichkeiten**

- (1) Auf dem Friedhof werden Grabfelder ohne Gestaltungsvorschriften und Grabfelder mit Gestaltungsvorschriften eingerichtet.
- (2) Bei der Zuweisung einer Grabstätte bestimmt der Antragsteller, ob diese in einem Grabfeld mit Gestaltungsvorschriften liegen soll. Entscheidet er sich für ein Grabfeld mit Gestaltungsvorschriften, so besteht auch die Verpflichtung, die in Belegungs- und Grabmalplänen für das Grabfeld festgesetzten Gestaltungsvorschriften einzuhalten. Wird von dieser Auswahlmöglichkeit nicht rechtzeitig vor der Bestattung Gebrauch gemacht, so erfolgt die Bestattung in einem Grabfeld mit Gestaltungsvorschriften.
- (3) Grababdeckungen (Grabplatten, Kies, Splitt usw.) sind für alle Grabarten, außer Urnengräber, aus Gründen der Verwesung, unzulässig.

**§ 17**  
**Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz**

Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen der Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage entsprechen.

## § 18 Grabfelder mit Gestaltungsvorschriften

(1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen in Grabfeldern mit Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung erhöhten Anforderungen entsprechen.

(2) Auf Grabstätten für Erdbestattungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:

	Rauminhalt cbm	Ansichtsfläche qm	Mindeststärke m	größte Höhe m
a) Grabmale für Urnen und Kindergräber (stehend und liegend)	0,2	0,4	0,16	1,00
b) Grabmale für einstellige Gräber (stehend und liegend)	0,4	0,7	0,18	1,40
c) Grabmale für zweistellige Gräber (stehend und liegend)	0,60	1,50	0,18	1,60

Die angegebenen Mindeststärken müssen unbedingt eingehalten werden. Bei liegenden Grabmalen müssen 10 cm sichtbar bleiben, und die Mindeststärke beträgt mindestens 14 cm. Für Erdbestattungs-Reihengräber können auch die Maße nach Ziff. a) gewählt werden.

Grabmale müssen in ihren Abmessungen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Grabfläche stehen. Auch aus Bestattungstechnischen und Standsicherheitsgründen des Grabmals ist es erforderlich einzelne Grabmalmaße zu begrenzen und festzulegen.

(3) Grabmale müssen mindestens 15 cm Abstand von den Grabkanten haben; bei mehrstelligen Gräbern verdoppeln sich die seitlichen Abstände. Ansonsten ist der Standort für das Grabmal innerhalb des Grabes variabel.

(4) Liegende Grabmale dürfen nur flach oder flach geneigt auf die Grabstätte gelegt werden; sie dürfen höchstens ein Drittel des Grabes bedecken. In Verbindung mit einem stehenden Grabmal dürfen die Maße nach Abs.2 nicht überschritten werden.

(5) Grabeinfassungen jeder Art - auch aus Pflanzen - sind nicht zulässig, soweit die Gemeinde die Grabzwischenwege in den einzelnen Grabfeldern mit Trittplatten belegt hat oder belegen will.

(6) Firmenbezeichnungen sind nur am Grabmal und auf der Grabstätte und nur an unauffälliger Stelle in einer Größe bis zu 30 cm<sup>2</sup> zulässig.

(7) Auf den Grabstätten sind insbesondere nicht zulässig, Grabmale und Grabausstattungen

- a) aus schwarzem Kunststein, aus Kunststoffen oder aus Gips
- b) mit in Zement aufgesetztem figürlichen oder ornamentalen Schmuck
- c) mit Farbanstrich auf Stein (außer der Fassung von Ornamenten)
- d) mit Kunststoffen in jeder Form
- e) mit Lichtbildern größer als 15 cm x 20 cm
- f) mit Glas (außer in Verbindung mit festverankerbaren Materialien)
- g) mit Emaille und Porzellan (außer als Lichtbildunterlage mit einer maximalen Größe von 15 cm x 20 cm)

Das gilt sinngemäß auch für sonstige Grabausstattungen.

(8) Die Gemeinde kann unter Berücksichtigung der Gesamtgestaltung des Friedhofs und im Rahmen von Abs.1 Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 bis 5 und Absatz 7 und auch sonstige Grabausstattungen zulassen.

## **§ 19 Genehmigungserfordernis**

- (1) Die Errichtung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Gemeinde. Ohne Genehmigung sind bis zur Dauer von zwei Jahren nach der Bestattung oder Beisetzung provisorische Grabmale als Holztafeln bis zu einer Größe von 15 mal 30 cm und Holzkreuze zulässig.
- (2) Dem Antrag ist die Zeichnung über den Entwurf des Grabmals im Maßstab 1:10 zweifach beizufügen. Dabei ist das zu verwendende Material, seine Bearbeitung, der Inhalt und die Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie die Fundamentierung anzugeben. Soweit erforderlich, kann die Gemeinde Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung und der Form verlangen. In besonderen Fällen kann die Vorlage eines Modells oder das Aufstellen einer Attrappe auf der Grabstätte verlangt werden.
- (3) Die Errichtung aller sonstigen Grabausstattungen bedarf ebenfalls der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Gemeinde. Abs.2 gilt entsprechend.
- (4) Die Genehmigung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige Grabausstattung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Erteilung der Genehmigung errichtet worden ist.
- (5) Werden Grabmale oder sonstige Grabausstattungen ohne Zustimmung bzw. abweichend von der erteilten Zustimmung oder der geltenden Friedhofsordnung errichtet, kann der Antragsteller oder der beauftragte Hersteller unter angemessener Fristsetzung zur Entfernung oder Änderung schriftlich aufgefordert werden. Nach erfolglosem Ablauf der Frist kann die Entfernung oder Änderung auf Kosten und Gefahr der Verpflichteten von der Gemeinde Korb vorgenommen werden. Der Antragsteller und der beauftragte Unternehmer haften für den Ersatz der entstandenen Kosten als Gesamtschuldner.

## **§ 20 Standicherheit**

- (1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen standsicher sein. Sie sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks zu fundamentieren und zu befestigen. Steingrabmale müssen mindestens 18 cm stark sein. Sie müssen aus einem Stück hergestellt sein. Grabmale dürfen keinen Sockel haben. Beim Fundament ist zu berücksichtigen, dass die Standfuge mindestens 5 cm unter der Höhe des Zwischenweges ist.
- (2) Grabeinfassungen sind aus Gründen der Verkehrssicherheit als Stellkanten innerhalb der Grabfläche anzubringen. Die Mindeststärke muss 6 cm, die Mindesthöhe 10 cm betragen.

## **§ 21 Unterhaltung**

- (1) Die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten und entsprechend zu überprüfen. Verantwortlich dafür ist bei Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten der Verfügungsberechtigte, bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standicherheit von Grabmalen und sonstigen Grabausstattungen gefährdet, so sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzug kann die Gemeinde auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen, Absperrungen) treffen.
- Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Gemeinde nicht innerhalb einer jeweils festgesetzten angemessenen Frist beseitigt, so ist die Gemeinde berechtigt, dies auf Kosten des Verantwortlichen zu tun oder das Grabmal oder die sonstige Grabausstattung zu entfernen. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, diese Sachen aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein sechswöchiger Hinweis auf der Grabstätte. Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch nicht verkehrssichere Grabmale oder sonstige Grabausstattungen verursacht wird.

## **§ 22 Entfernung**

(1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Gemeinde von der Grabstätte entfernt werden.

(2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale mit Fundamenten und die sonstigen Grabausstattungen zu entfernen.

Wird diese Verpflichtung trotz schriftlicher Aufforderung der Gemeinde innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist nicht erfüllt, so kann die Gemeinde die Grabmale mit Fundamenten und die sonstigen Grabausstattungen im Wege der Ersatzvornahme nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz selbst entfernen, § 21 Abs.2 Satz 5 ist entsprechend anwendbar. Der Gemeinde obliegt keine Aufbewahrungspflicht.

## **VI. Herrichten und Pflege der Grabstätten**

### **§ 23 Allgemeines**

(1) Alle Grabstätten müssen der Würde des Ortes entsprechend hergerichtet und dauernd gepflegt werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulagern.

(2) Die Höhe und die Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofes, dem besonderen Charakter des Friedhofsteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Bei Plattenbelägen zwischen den Gräbern dürfen die Grabbeete nicht höher als die Platten sein. Die Grabstätten dürfen nur mit solchen Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen nicht beeinträchtigen. Insbesondere dürfen Pflanzen nicht höher sein als das auf der Grabstelle befindliche Grabmal.

(3) Für das Herrichten und die Pflege der Grabstätte hat der nach § 21 Abs. 1 Verantwortliche zu sorgen. Die Verpflichtung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhezeit bzw. des Nutzungsrechts.

(4) Die Grabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Belegung hergerichtet sein.

(5) Die Grabstätten sind nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts abzuräumen. § 22 Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(6) Das Herrichten, die Unterhaltung und jede Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Gemeinde.

Verfügungs- bzw. Nutzungsberechtigte sowie die Grabpflege tatsächlich vornehmenden Personen sind nicht berechtigt, diese Anlagen der Gemeinde zu verändern.

7) Bäume und großwüchsige Sträucher, Grabgebäude aus künstlichen Werkstoffen und das Aufstellen von Bänken ist nicht zulässig.

### **§ 24 Vernachlässigung der Grabpflege**

(1) Wird eine Grabstätte nicht hergerichtet oder gepflegt, so hat der Verantwortliche (§ 21 Abs.1) auf schriftliche Aufforderung der Gemeinde die Grabstätte innerhalb einer jeweils festgesetzten angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein dreimonatiger Hinweis auf der Grabstätte. Wird die Aufforderung nicht befolgt, so können Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten von der Gemeinde abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden. Bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten kann die Gemeinde in diesem Fall die Grabstätte im Wege der Ersatzvornahme nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. In dem Entziehungsbescheid ist der Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen Grabausstattungen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheids zu entfernen.

(2) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so kann die Gemeinde den Grabschmuck entfernen. Sie ist zu seiner Aufbewahrung nicht verpflichtet.

## **VII. Benutzung der Leichenhalle**

### **§ 25 Leichenhalle**

(1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofspersonals oder mit Zustimmung der Gemeinde betreten werden.

(2) Sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen den Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen.

## **VIII. Haftung, Ordnungswidrigkeiten**

### **§ 26 Obhuts- und Überwachungspflicht, Haftung**

(1) Der Gemeinde obliegen keine über die Verkehrssicherungspflicht hinausgehenden Obhuts- und Überwachungspflichten. Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nichtsatzungsgemäße Benutzung des Friedhofs, seiner Anlagen und Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Im Übrigen haftet die Gemeinde nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.

(2) Verfügungsberechtigte und Nutzungsberechtigte haften für die schuldhaft verursachten Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Vorschriften der Friedhofssatzung widersprechenden Benutzung oder eines mangelhaften Zustands der Grabstätten entstehen. Sie haben die Gemeinde von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Verfügungsberechtigte oder Nutzungsberechtigte zurück, so haften diese als Gesamtschuldner.

(3) Absatz 2 findet sinngemäß Anwendung auf die nach § 4 zugelassenen Gewerbetreibenden, auch für deren Bedienstete.

### **§ 27 Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne von § 49 Abs. 3 Nr. 2 des Bestattungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Friedhof entgegen der Vorschrift des § 2 betritt,
2. entgegen § 3 Abs.1 und 2
  - a) sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die Weisungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,
  - b) die Wege mit Fahrzeugen aller Art befährt,
  - c) während einer Bestattung oder einer Gedenkfeier in der Nähe Arbeiten ausführt,
  - d) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen verunreinigt oder beschädigt sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise betritt,
  - e) Tiere mitbringt, ausgenommen Blindenhunde,
  - f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abgelagert,
  - g) Waren und gewerbliche Dienste anbietet,
  - h) Druckschriften oder sonstige Werbung verteilt oder auslegt,
  - i) ohne schriftlichen Auftrag der Angehörigen gewerbsmäßig fotografiert,
  - j) lärmt und spielt, isst oder trinkt sowie lagert.
3. eine gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof ohne Zulassung ausübt (§ 4 Abs. 1) oder gegen die Vorschriften des § 4 Abs. 3 und 4 verstößt,

4. als Verfügungs- oder Nutzungsberechtigter oder als Gewerbetreibender Grabmale und sonstige Grabausstattungen ohne oder abweichend von der Genehmigung errichtet, verändert (§ 19 Abs.1 und 3) oder entfernt (§ 22 Abs.1).
5. Grabmale und sonstige Grabausstattungen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§ 21 Abs.1).

## **IX. Übergangs- und Schlussvorschriften**

### **§ 28 Alte Rechte**

Bei Grabstätten, über welche die Gemeinde bei Inkrafttreten dieser Friedhofsordnung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungsrechte an Wahlgräbern und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.

### **§ 29 Mehrstellige Gräber**

Mehrstellige Gräber (doppelbreit) sind nur auf dem Kleinheppacher Friedhof vorgesehen, da hier geologische Gegebenheiten keine andere Möglichkeit eröffnen. Alle in dieser Friedhofsordnung aufgeführten Vorschriften bzgl. mehrstelliger Gräber sind daher nur für Kleinheppach anzuwenden.

### **§ 30 Inkrafttreten**

(1) Diese Satzung tritt am 24.07.2019 in Kraft.